

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Eva-Maria Holzleitner, BSc,
Genossinnen und Genossen

betreffend **Rettungsschirm für Kinder und Jugendliche SOFORT**

Die aktuelle Covid-19-Pandemie stellt für junge Menschen eine besondere Herausforderung dar. Distance Learning, Treffen von Freund*innen nur noch im digitalen Raum, fehlende Freizeit- und Vereinsaktivitäten, teilweise geschlossene Jugendzentren oder unpraktikable Zugangsbeschränkungen, Angst, keinen Job nach dem Schulabschluss oder keine Lehrstelle zu finden. All das und noch viel mehr sind Probleme, mit denen Jugendliche seit knapp einem Jahr konfrontiert sind. Dennoch wird auf ihre Bedürfnisse kaum bis gar nicht eingegangen. Rettungs- und Unterstützungspakete für junge Menschen sucht man bei den zahlreichen Pressekonferenzen der Bundesregierung vergebens.

Die Corona-Krise hat auch emotional Auswirkungen auf die Kinder und Jugendlichen. 57 Prozent der befragten Eltern gaben an, dass ihre Kinder einsamer, 53 Prozent aggressiver und sogar 74 Prozent trauriger geworden sind. 82 Prozent der Befragten meinten, dass sich ihr Kind wieder auf den Schulbesuch freut.

Auch der Kinder- und Jugendnotruf "Rat auf Draht", der telefonisch rund um die Uhr sieben Tage die Woche erreichbar ist und die Beratung anonym sowie kostenlos durchführt, berichtete von besorgniserregenden Entwicklungen seit Beginn der Corona-Pandemie bzw. der Lockdown-Phase.

Unter anderem wird ein starker Anstieg bei Schlafproblemen (+240 Prozent), Anfragen zu psychischen Erkrankungen wie Panikattacken oder Depressionen (+ 146 Prozent), Suizidgedanken und Autoaggression wie etwa Ritzen (jeweils + 54 Prozent) sowie physischer Gewalt in der Familie (+88 Prozent) verzeichnet. Die "klassischen" Teeny-Probleme - wie z. B. die erste Liebe oder Taschengeld - werden vom Thema psychischer und physischer Gesundheit größtenteils verdrängt.¹

Im Jänner 2021 schlugen auch Kinder- und Jugendpsychiater Alarm und wiesen auf die ungenügenden stationären Kapazitäten zur Versorgung erkrankter Kinder und Jugendlicher hin. Auch die Therapieplätze für die ambulante Betreuung reichen bei weitem nicht aus.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

¹ <https://wien.orf.at/stories/3050410/>

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz und die Bundesministerin für Frauen, Familie, Jugend und Integration im Bundeskanzleramt, wird aufgefordert dem Nationalrat sofort einen Rettungsschirm für Kinder und Jugendliche zur Förderung der psychischen Gesundheit zuzuleiten. Dieses Rettungspaket muss zumindest beinhalten:

- Ausarbeitung eines Krisenplans zur Verbesserung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen;
- Ausbau der Therapie- und Betreuungsplätze in der Kinder- und Jugendpsychiatrie;
- kostenfreie Therapieplätze für Kinder und Jugendliche
- Perspektiven schaffen und Planungssicherheit für Feriencamps garantieren (unter entsprechenden Sicherheits- und Hygienemaßnahmen);
- Finanzielle Unterstützung von außerschulischer Jugendarbeit auch über Budget des Bundes;
- Niederschwelliges Angebot von Beratung durch Bereitstellung an Schulen und in der offenen Jugendarbeit (Sozialarbeit, Psycholog*innen, etc.);
- Einrichtung eines inklusiven Jugendgipfels (unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen) zur Ausarbeitung von langfristigen Strategien.“


(HOFLEITNER)


(KUCHLER)


(KERSCH)


(HEINISCH-HOSEK)


STÖCKL

Zuweisungsvorschlag: Gesundheitsausschuss

